

Lexikon zur Geschichte der Parteien in Europa

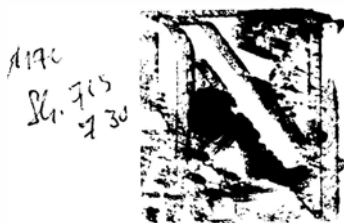
Herausgeber
Frank Wende



Kröner

LEXIKON ZUR GESCHICHTE DER PARTEIEN IN EUROPA

Unter Mitarbeit zahlreicher Fachgelehrter
herausgegeben von
FRANK WENDE



ALFRED KRÖNER VERLAG STUTTGART

CIP-Kurztitelaufnahme der Deutschen Bibliothek

Lexikon zur Geschichte der Parteien in Europa/
unter Mitarb. zahlr. Fachgelehrter hrsg. von
Frank Wende. – Stuttgart: Kröner 1981

ISBN 3-520-81001-8

© 1981 by Alfred Kröner Verlag in Stuttgart
Printed in Germany. Alle Rechte vorbehalten.
Druck: Süddeutsche Verlagsanstalt und Druckerei GmbH, Ludwigsburg
Binderei: Lüderitz & Bauer, Berlin

INHALTSVERZEICHNIS

Vorwort	VII	Luxemburg	387
		Malta	395
Albanien	1	Montenegro	401
Belgien	9	Niederlande	403
Bulgarien	29	Norwegen	427
Dänemark	45	Österreich	441
Deutschland	67	Polen	471
Estland	137	Portugal	495
Finnland	147	Rumänien	517
Frankreich	173	Rußland	549
Griechenland	201	Schweden	579
Großbritannien	235	Schweiz	599
Irland und Ulster	257	Serbien	627
Island	279	Spanien	639
Italien	293	Tschechoslowakei	671
Jugoslawien	319	Türkei	715
Jugoslawische Völker vor 1918		Ungarn	731
Bosnien-Herzegowina	319	Zypern	775
Dalmatien	322		
Slowenen	324	Parteienbündnisse	
Serben in der Wojwodina	327	im Europäischen	
Jugoslawien ab 1918	329	Parlament	779
Kroatien-Slawonien	355	Die Mitarbeiter	783
Lettland	369	Parteienregister	791
Litauen	377	Personenregister	875

TÜRKEI

von

NERMİN ABADAN-UNAT

Die ersten Versuche den despotisch-absolutistischen Charakter des Osmanischen Reiches durch die Einführung des Prinzips der Volksvertretung zu ändern, gehen auf den Reform-erlaß von Gülhane des Sultans 'Abdül-Meschid (3. 11. 1838) zurück, der allen osmanischen Untertanen ohne Unterschied von Rasse und Religion die wesentlichsten Grundrechte zugestand. Dieser als erste konstitutionelle Charta bezeichnete Erlaß hat spätere Reformbewegungen mit dem Ziel eines Überganges zur konstitutionellen Monarchie inspiriert. Als Ergebnis dieser Bestrebungen wurde die sich stark an das belgische Vorbild anlehrende Verfassung von 1876 durch 'Abdül-Hamid II. dem Volk oktroyiert. Die Gewaltenteilung wurde allerdings nicht übernommen, die Machtstellung des Sultans damit gefestigt. Nach einem kurzfristigen parlamentarischen Experiment wurde aber schon 1878 durch Nicht-Einberufung des Parlaments die Verfassung wieder, bis 1908, suspendiert. Nichtsdestoweniger bewirkte die Einführung des Repräsentationsprinzips eine Intensivierung im Prozeß der politischen Willensbildung, die sich allerdings innerhalb des heterogenen, ethnisch und religiös uneinheitlichen Reichsgebietes als außerordentlich schwierig und komplex erwies.

Am Anfang dieser Entwicklung hatte die Gründung von politischen Geheimorganisationen gestanden, deren wichtigste zum Teil ihr Vorbild in den Unabhängigkeitsbewegungen der nicht-islamischen Minoritäten sahen. 1859 entstand in Istanbul der von Offizieren, Geistlichen und Beamten gebildete »Bund der Verschworenen« (Fedayiler Cemiyeti) mit der Absetzung von Sultan 'Abdül 'Aziz als Ziel. Sechs Jahre später gründeten 250 Mitglieder der literarischen Elite und der Bürokratie die erste politische Organisation, die schon den Charakter einer politischen Partei trug, die »Neuen Osmanen« (Yeni Osmanlılar). Als Vorbild dienten der italienische Geheimbund der Carbonari und die Freimaurerlogen. Trotz der kurzen Dauer dieses Vereins – von 1865–1872 – hat er allein durch seine Existenz und den Versuch, die bestehenden politischen Institutionen nach westlichen Vorbildern zu ändern, die politische und verfassungsrechtliche Entwicklung entscheidend beeinflußt. Allerdings vermochte er keine Vertreter in das erste osmanische Parlament zu entsenden, das vorwiegend aus lokalen Honoratioren bestand. Diese Abwesenheit funktionsfähiger politischer Gruppen innerhalb des Parlaments wie auch die Verbannung und spätere Ermordung des Vaters der Verfassung von 1876, *Mithat paşa*, veranlaßte die liberal gesonnenen »Intellektuellen«, die sog. »Jungtürken«, freiwillig ins Exil nach Europa zu gehen. Ab 1889 wurden im Ausland über 20 geheime Vereine gegründet, alle mit dem Ziel, den Despotismus des Sultans abzuschaffen und die Verfassung von 1876 wieder in Kraft zu setzen. Den größten Einfluß gewann der 1889 gegründete »Verein für Osmanische Einheit und Fortschritt« İTC, Osmanlı İttihat ve Terakki Cemiyeti) mit Hauptsitz in Paris, der sich ab 1891

KOMITEE FÜR EINHEIT UND FORTSCHRITT (İttihat ve Terakki) nannte. Anlässlich des ersten Kongresses des Komitees in Paris 1902 vollzog sich eine wichtige Spaltung. Die Mehrheit unter Führung *Ahmet Rıza's* entschied sich für die Gründung eines nationalen, zentralistischen Staates. Die zweite Fraktion unter Führung eines oppositionell gesonnenen Mitgliedes des Herrscherhauses, Prinz *Sabahaddin*, optierte für einen föderativen Staatsaufbau und eingeschränkte staatliche Intervention und gründete den »Verein für Privatinitiative und Dezentralisierung« (Teşebbüs-ü Sahsî ve Ademî Merkeziyet Cemiyeti). Als Sultan 'Abdül-Hamid II. 1908 durch die Armee gezwungen wurde, die konstitutionelle Monarchie wiederherzustellen, fiel die Macht dem nunmehr legalen Komitee zu. Obwohl die Mehrheit des Kabinetts und des inzwischen wieder zusammengetretenen Parlaments ihm angehörte, fehlten ihm noch sämtliche Merkmale einer politischen Partei. Wichtigstes Organ war ein kooptierendes, nach unten geschlossenes Zentralkomitee unter der Führung eines Generalsekretärs.

Dem KOMITEE FÜR EINHEIT UND FORTSCHRITT gelang es zwar nach 1908, das Parlament wieder funktionsfähig zu gestalten und am 31. 3. 1909 den Meutereiversuch von reaktionär-religiös motivierten Elementen niederzuschlagen. Andererseits zeigten sich bereits zu diesem Zeitpunkt starke diktatorische Tendenzen, die schließlich 1913 zum Ende des Parteilebens führten. Während der Periode von 1908–1913 spielten folgende Parteien eine gewisse Rolle: PARTEI DER FREIEN OSMANEN (Osmanlı Ahrar Fırkası), Gründer: Prinz *Sabahaddin*, 1910 aufgelöst; die UNION DER MOHAMMEDANER (İttihad Muhammed Fırkası), die vorwiegend von Albanern gegründete OSMANISCHE DEMOKRATISCHE PARTEI (Osmanlı Demokrat Fırkası) sowie die erkonservative, fanatische NEUE PARTEI (Hizb-î Cedid). Am 21. 11. 1911 vereinten sich sämtliche oppositionellen Kräfte in einer einzigen Frontorganisation, die sog. »Entente Libérale«, als KOMITEE FÜR FREIHEIT UND EINHEIT (Hürriyet ve ittılaf Fırkası). Die stark manipulierten und als »Knüppelwahlen« bezeichneten Wahlen von 1912 gestatteten dieser Opposition lediglich 6 von 275 Sitzen zu erobern. Nach dem Mord an Premierminister *Mahmut Şevket paşa*, Juni 1913, und dem darauf folgenden Balkankrieg wurde das Mehrparteiensystem faktisch abgeschafft. Die politische Macht konzentrierte sich immer mehr in den Händen des Triumvirats des KOMITEES FÜR EINHEIT UND FORTSCHRITT *Enver*, *Cemal* und *Talât paşa*.

Eine Bilanz dieses ersten Versuches, ein parlamentarisches Leben einzuführen, zeigt einerseits den andauernden Willen, soziale Reformen durchzuführen, andererseits das Bestreben, die islamisch-osmanischen Fundamente beizubehalten. Die politische Atmosphäre schwankte unentschieden zwischen dem türkischen Nationalismus (d. h. Türkismus) und dem Ottomanismus sowie Pan-Islamismus. Der Türkismus, dessen geistiger Vater der Soziologe *Ziya Gökalp* war, vertrat vor allem das Ideal der politischen Vorherrschaft des türkischen Elements im Staatswesen. Diese Auffassung wurde von fast allen progressiven Intellektuellen geteilt. Im Rahmen dieser geistigen Strömung verfocht eine kleine Minderheit das Ideal, alle Türkenstämme in einem großen Türkenreiche zu vereinen (Pan-Turanismus). Die Konservativen dagegen wollten ein neues theokratisches Imperium auf der panislamischen Theologie errichten. Der Einfluß des westlichen Sozialismus blieb wegen der sehr geringen Industrialisierung auf ein Minimum begrenzt, kleine linke Parteien kamen über Ansätze nicht hinaus.

Nach dem Waffenstillstand von 1918 erfolgte wiederum eine intensive politische Aktivität in Form von Gründung politischer Vereine und Parteien. Unter den zwei Dutzend neugegründeter Parteien sind zu vermerken: die ERNEUERUNGSPARTEI (Tecedüd Fırkası), ein

Versuch, das aufgelöste Komitee für EINHEIT UND FORTSCHRITT, dessen Führer ins Ausland geflüchtet waren, wieder zu beleben, sowie die von *Fethi Okyar* gegründete OSMANISCHE LIBERALE VOLKSPARTEI (Osmanlı Hürriyet-perver Avam Fırkası). Erhebliche Resonanz erweckten politische Vereine wie der »Verein zur Gründung eines unabhängigen Kurdistan« (Kürdistan Tealî Cemiyeti), Gründer *Seyid Abdülkadir*; der »Verein der Freunde Großbritanniens« (İngiliz Muhipleri Cemiyeti), Gründer *Said Molla*; der »Verein der Prinzipien von Wilson« (Wilson Prensipleri Cemiyeti), Gründer die Publizistin *Halide Edip* u. a. Letztere Organisation konzentrierte sich auf die Durchführung der Grundsätze zur Erlangung der nationalen Selbstbestimmung. Insgesamt gesehen, blieben diese Organisationen jedoch ohne weitere Konsequenzen, da die Alliierten als Besatzungsmacht jede politische Tätigkeit in Istanbul weitgehend unterbanden. In Anatolien dagegen hatte die nationalistische Freiheitsbewegung mehr Erfolg. In den Provinzhauptstädten der Peripherie, wie Edirne, Adana, İzmir, Erzurum, organisierte sich ein aktiver Widerstand gegen die Einkreisung und Annektierungsabsichten der Alliierten als auch gegenüber den territorialen, sezessionistischen Forderungen der ethnischen Minderheiten. Unter Führung von General *Mustafa Kemal* konstituierte sich in Sivas die »Vereinigung der Verteidigung der Rechte von Anatolien und Rumelien« (Anadolu ve Rumeli Müdafaaı Hukuk Cemiyeti), deren Mitglieder in der am 23. 4. 1920 nach Ankara berufenen Nationalversammlung – dem neuen türkischen Parlament – die Mehrheit stellten. Die Kerngruppe dieser Vereinigung, die bedingungslos die Führung von *Mustafa Kemal* unterstützte, wurde bereits 1921 als »Erste Gruppe« bezeichnet. 1922 bildete sich unter Führung von *Celâleddin Arif* eine konservativ orientierte »Zweite Gruppe« aus 118 Mitgliedern (gegenüber einer Gesamtzahl von 437 Abgeordneten).

Nach dem Sieg der Nationalisten über die Alliierten beschloß *Mustafa Kemal*, die »Erste Gruppe« in eine Partei zu verwandeln, die → REPUBLIKANISCHE VOLKSPARTEI (CHP). Auch die »Zweite Gruppe« formierte sich zu einer Partei und gründete am 11. 11. 1924 die FORTSCHRITTLICHE REPUBLIKANISCHE PARTEI (Terakkiperver Cumhuriyet Fırkası), die als liberal-konservative Organisation eine Verlangsamung der Reformen verlangte, aber bereits am 3. 6. 1925 verboten wurde.

Ein zweiter Versuch, eine legale Oppositionspartei funktionsfähig zu gestalten, wurde am 9. 8. 1930 auf ausdrücklichen Wunsch von *Kemal Atatürk* durch *Fethi Okyar* unternommen. Die dem Liberalismus zugewandte Partei, die sich als FREIHEITSPARTEI bezeichnete (Hürriyet Fırkası), gewann vor allem in der ägäischen Region sehr starken Widerhall. Vor allem Gegner der säkulären Politik von *Atatürk* unterstützten sie mit allen Kräften. Das Ausmaß der anti-kemalistischen Ausschreitungen zwang *Atatürk*, diesen Versuch einer Demokratisierung des politischen Lebens aufzugeben und bereits am 11. 11. 1930 die Partei wieder aufzulösen. Das bedeutete das Scheitern der Versuche *Atatürks*, eine pluralistische Gesellschaftsordnung nach westlichem Vorbild zu übernehmen. Die Alleinherrschaft der CHP ist jedoch in keiner Beziehung mit den damaligen europäischen Diktaturen gleichzusetzen. Sie gründete sich auf dem Fehlen einer politisch mündigen Öffentlichkeit und der trotz der Reformbestrebungen *Atatürks* bestehenden strukturellen Rückständigkeit. Das Bestreben, dieser Alleinherrschaft ein Ende zu setzen, setzte sich fort, als sich die politischen und wirtschaftlichen Bedingungen am Ende des 2. Weltkrieges günstiger gestalteten und einen raschen Übergang zum Mehrparteien-System ermöglichten.

Um die Entwicklung der politischen Parteien in der Türkei besser zu verstehen, muß die verfassungsrechtliche Entwicklung kurz skizziert werden. Die erste Verfassung von 1876

verkörpert keine auf die Menschenrechte verankerte Gewaltenteilungslehre, sondern legitimierte lediglich die starke Machtstellung des Sultans. Der Sultan war Kalif (Art. 4), seine Person galt als heilig, und er war niemandem gegenüber verantwortlich (Art. 5), er konnte eigenmächtig das Parlament auflösen (Art. 7). Diese Verfassung wurde von 'Abdül-Hamid III. 33 Jahre lang suspendiert. Nach der jungtürkischen Revolution von 1908 vermerkt man eine viel stärkere Neigung zum Parlamentarismus und der Volkssouveränität. Demnach konnte das Parlament nur mit Zustimmung des Senats aufgelöst werden (Art. 7). Das Ausweisungsrecht des Sultans wurde aufgehoben (Art. 113). Der Revolution von 1908 gelang es jedoch nicht, eine demokratische Verfassung zu schaffen. Der Dualismus zwischen der geistlichen und weltlichen Verwaltung blieb weiterhin gültig. Erst nach 1919 beginnt eine neue verfassungsrechtliche Phase. Während der Periode des Freiheitskrieges vereinte die am 23. 4. 1920 zusammengerufene Große Nationalversammlung in sich die gesetzgebende, vollziehende und bis zu einem gewissen Grade sogar die rechtsprechende Gewalt. Die Vollzugsbeauftragten waren persönlich sowie kollektiv dem Parlament gegenüber verantwortlich. Der Präsident des Parlaments war zugleich Vors. des Vollzugausschusses. Die am 20. 1. 1921 verkündete erste provisorische Verfassung der neuen Türkei enthielt nur 23 Artikel. Sie hatte lediglich zum Ziel, die dringendsten Organisationsprobleme mitten im Freiheitskampf in provisorischer Weise zu regeln.

Nach der Ausrufung der Republik als Staatsform am 29. 10. 1923 und der Wahl *Mustafa Kemals* zum Staatsoberhaupt sowie der Abschaffung des Kalifats am 3. 3. 1924, wurde 1924 eine aus 105 Artikeln bestehende Verfassung ohne Einberufung einer Konstituante erlassen. Diese Verfassung berief sich auf das Prinzip der Gewalteneinheit, Normenkontrolle durch ein rechtsprechendes Organ sowie Referendum waren nicht vorgesehen. Der Großen Türkischen Nationalversammlung, die alle vier Jahre wieder zu wählen war, oblag die gesamte gesetzgeberische Tätigkeit. Der Präsident der Republik wurde nicht in direkter Wahl, sondern für eine Wahlperiode von dem Plenum der Nationalversammlung (G.N.V.) gewählt, die Wahlperiode dauerte vier Jahre, Wiederwahl war zulässig. Die Kompetenzen des Präsidenten waren eher beschränkt, er hatte kein Auflösungsrecht. Inhalt und Wirkung der Grundrechte in der Verfassung von 1924 waren dem Ermessen der parlamentarischen Mehrheit unterworfen. Nach dem 2. Weltkrieg setzten sich die Oppositionsparteien wiederholt für eine Garantie der Grundrechte durch Einführung eines Zweikammersystems, Einrichtung eines Verfassungsgerichtes und Erweiterung der richterlichen Unabhängigkeit ein. Als diese Forderungen keine parlamentarische Mehrheit fanden, intervenierte die Armee. Nach der Revolution vom 27. 5. 1960 wurde eine Konstituante einberufen (13. 12. 1960), die eine neue Verfassung vorbereitete. Dieses neue Grundgesetz wurde am 9. 7. 1961 durch ein Referendum mit 62 % Ja-Stimmen in Kraft gesetzt. Im Gegensatz zu der vorherigen Verfassung basierte sie auf dem Prinzip der Gewaltenteilung und einem Zweikammer-System. Die als Nationalversammlung bezeichnete erste Kammer bestand aus 450 gewählten Abgeordneten, die Zweite Kammer, Senat der Republik bezeichnet, bestand aus 150 gewählten und 15 vom Staatspräsidenten der Republik ernannten Mitgliedern. Die Nationalversammlung besaß vor dem Senat Vorrang in der Beratung und Verabschiedung der Gesetze. – Der Staatspräsident wurde von beiden Kammern gemeinsam gewählt. Die Amtsdauer betrug sieben Jahre, Wiederwahl war nicht gestattet. Frühere Staatspräsidenten waren ex officio Mitglieder des Senats.

Eine wichtige neue Komponente der neuen Verfassung war die Bedeutung, die den politischen Parteien eingeräumt wurde. Die Freiheit der Parteigründung war durch Art. 56

gewährleistet. Weiterhin verfügte Art. 57, »Statute, Programme und Tätigkeit der politischen Parteien müssen den auf den Menschenrechten und Freiheiten beruhenden Grundsätzen der demokratischen und laizistischen Republik und der Unteilbarkeit des Staatsgebietes und des Staatsvolkes entsprechen«. Einzelheiten regelte das am 6. 7. 1965 erlassene Parteiengesetz Nr. 648. Diese Verfassung hatte bis zum 12. 9. 1980 Bestand. An diesem Tag übernahm das Militär zum dritten Mal in der Geschichte der türkischen Republik die Macht und suspendierte alle Parteien.

Das Wahlrecht innerhalb des Osmanischen Reiches war durch die Verfassung von 1876 mittels einer Rechtsverordnung von 1877 geregelt. (Talimatı Muvakkate). Danach wurde das indirekte Wahlrecht angewandt. Voraussetzung für die Wahlmänner und Kandidaten war Vermögensbesitz am Geburtsort. Das Wahlgesetz von 1908 behielt das indirekte Wahlverfahren bei, wobei ein einjähriger Daueraufenthalt am Wohnort und die Entrichtung der Steuerpflicht hinzugefügt wurden.

Das während des Freiheitskrieges zusammengetretene Parlament von Ankara setzte sich aus zwei Kategorien von Abgeordneten zusammen: a) eine Gruppe von 92 Mitgliedern des in Istanbul aufgelösten osmanischen Parlaments, denen es gelungen war, nach Anatolien zu flüchten, b) weitere 343 Abgeordnete, die gemäß dem osmanischen Wahlrecht aus den nicht besetzten Provinzen kamen. Dieses indirekte Wahlrecht wurde 1924 auf alle volljährigen Männer, 1934 auf alle volljährigen Frauen übertragen. Dabei ergibt sich, daß die 13 Wahlen, die vom Beginn des Parlamentarismus bis zum Übergang zum Mehrparteiensystem abgehalten wurden, nicht den Charakter einer allgemeinen, freien, demokratischen Wahl hatten. Die am meisten angefochtene indirekte Wahl war die »Knüppelwahl« von 1912. Nach dem Übergang zum Mehrparteiensystem wurde am 5. 6. 1946 ein neues Wahlrecht erlassen, das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahl vorschrieb. Da das Wahlsystem jedoch auf einem sehr breiten starren Listensystem mit einfacher Mehrheit beruhte, führte es in zunehmendem Maße zu einer wahren Vernichtung der Opposition, die 1954 trotz 41 % der Stimmen nur 26 von 540 Sitzen, 1957 für 57 % der Stimmen nur 186 von 610 Sitzen erhielt.

Diese durch das Wahlgesetz herbeigeführte überdimensionale Machtposition der Regierungspartei, die diese u. a. dazu benutzte, durch Änderungen des Wahlgesetzes die Rechte der Opposition noch weiter zu beschränken (→ DEMOKRATISCHE PARTEI (1)), führte dazu, daß nach der Revolution von 1960 sofort das Verhältniswahlsystem eingeführt wurde. Wichtig erscheint hierbei, daß durch eine zusätzliche Änderung des Wahlgesetzes vor den Wahlen von 1965 eine Wahlperiode lang die Reststimmen, durch den sog. nationalen Koeffizient geteilt, an alle Parteien nochmals verteilt wurden. Hierdurch gelang es der sozialistischen TÜRKISCHEN ARBEITERPARTEI (TİP) als erster linker parlamentarischer Partei, mit 15 Sitzen in die Nationalversammlung einzuziehen. Dieses Wahlsystem überlebte jedoch nicht die nächste Wahl, und obwohl die TİP 1965 mit 3,0 % der Stimmen 15 Sitze erhalten konnte, bekam sie nach der Änderung des Gesetzes 1969 mit 2,8 % der Stimmen nur noch 2 Sitze. Seit 1973 gelang es keiner linken Partei, einen einzigen Sitz in der Nationalversammlung zu gewinnen. Es bestand nach wie vor der Proporz, allerdings mit einem d'Hondtverfahren, das ausgesprochen die größeren Parteien bevorzugte. Anlässlich der letzten Änderung des Wahlgesetzes (17. 5. 1979) wurde als Bedingung zur Teilnahme an den Wahlen verlangt, daß eine Partei entweder eine parlamentarische Fraktion besitzt (über 10 Mitglieder), oder eine Organisation in mindestens 15 Provinzen länger als sechs Monate in Funktion aufrechterhält.

Während der ersten vier Jahre nach dem Übergang zum Mehrparteiensystem war der Hauptstreitpunkt zwischen den Parteien der Mißbrauch der Befugnisse der Exekutive zugunsten der Regierungspartei bei der Durchführung der Wahlen und der Auszählung. Zwischen 1950 und 1960 konzentrierten sich die Diskussionen vorwiegend auf den Charakter des Wahlsystems und die staatliche Finanzierung der Wahlen. Letzteres wurde nach 1965 durch das Parteiengesetz geregelt.

Seit 1969 galt die schärfste Kritik der Vorwahl der Kandidaten. Bei dieser innerparteilich eher oligarchisch durchgeführten Auswahl war die Reihenfolge außerordentlich wichtig; das System hat bei den Wahlen 1977 zu großen innerparteilichen Zwistigkeiten geführt. Die Öffentlichkeit verlangt immer stärker eine Demokratisierung bzw. eine Ausweitung der Vorwahl im Sinne der »primaries« in den USA. Ein weiteres Diskussionsthema ist die Verwirklichung des Versprechens, den türkischen Arbeitern im Ausland das Wahlrecht zuzugestehen.

Die zunehmende Polarisierung und das Erstarren diametral entgegengesetzter politischer Gruppen hat seit 1961 zu weitgehendem Koalitionszwang geführt, allerdings mit wenig Erfolg. Während in den 60er Jahren die REPUBLIKANISCHE VOLKSPARTEI (CHP) zunächst mit der GERECHTIGKEITSPARTEI und später mit den kleineren Parteien Koalitionen zustande zu bringen vermochte, und es von 1965–1973 der GERECHTIGKEITSPARTEI gelang, trotz des Proporzsystems unabhängige Regierungen zu bilden, haben sich seit 1973 bezüglich der parlamentarischen Zusammenarbeit steigende Schwierigkeiten gezeigt. Die nach 1973 gebildete Erste und Zweite sog. Nationalfront – eine Koalition aller rechten parlamentarischen Parteien – brachte die erwünschte politische Stabilität nicht. Andererseits hatte die türkische Linke, die wegen des Verbotes der Gründung einer Kommunistischen Partei lediglich aus der sozialdemokratisch gesinnten CHP bestand, anhaltend Schwierigkeiten, unter den Unabhängigen genügend Unterstützung zu finden.

Die Wahlergebnisse zeigen ein relativ gleichbleibendes Bild der zwei großen Parteien, d. h. die GERECHTIGKEITSPARTEI und die CHP, in starken Positionen. Beide Parteien erzielten 1969 zusammen 73,9%, 1973 69,4% und 1977 80,6% der Stimmen. Diese Verteilung der Stimmen läßt erkennen, weshalb das Zustandekommen jedweder Koalition sehr schwierig war. Ein weiteres Merkmal war die zunehmende Provinzialisierung des Parlaments und dessen relativ sehr hohe Fluktuation. Schließlich ist zu vermerken, daß im Gegensatz zu den westlichen Vorbildern in der Türkei die politische Teilnahme am höchsten in den Dörfern, am niedrigsten in den Städten war.

Am 12. 9. 1980 übernahm die geeinigte Armeeführung zum dritten Mal in der Geschichte der Türkei die Macht. Die Verfassung blieb weiterhin gültig, sämtliche Parteienaktivitäten jedoch wurden bis zur Annahme der neuen Verfassung auf dem Wege eines Referendums suspendiert.

Tank Z. Tunaya, 'Türkiye' De Siyasi Partiler, 1859–1952, Istanbul 1952; Y. Abadan, Die Entstehung der Türkei und ihre verfassungsrechtliche Entwicklung bis 1960. In: G. Leibholz (Hg.), Jahrbuch des öffentlichen Rechts der Gegenwart, Bd. 9, S. 353–423; A. T. Payaslıoğlu, Turkey (Political Parties). In: R. E. Ward/D. A. Rustow (Hg.), Political Modernization in Japan and Turkey, Princeton 1964, S. 411–433; F. W. Frey, The Turkish Political Elite, Massachusetts 1965; F. Tachau/H. Ülman, Turkish Politics. The Attempt to reconcile rapid modernization with democracy, Middle East Journal 19, No. 2, 1965; D. Rustow, The Development of Parties in Turkey. In: J. Lalombara/M. Wiener (Hg.), Political Parties and Political Development, Princeton 1966; C. H. Dodd, Politics and Government in Turkey, Sacramento 1969; K. H. Karpat, Social Change and Politics in Turkey, Leiden 1973; F. Tachau, The Anatomy of Social and Political Change. Turkish Parties Parliaments and Elections, Comparative Politics, Vol. 5, No. 4, 1973; S. Sayarı, Some notes on the beginning of mass political participation in Turkey. In: E. D. Akarlı/G. Ben-Dor (Hg.), Political Participation in Turkey, Istanbul 1974, S. 121–133; E. Teziç, Siyasi Partiler, Istanbul 1976, Gerçek Y.

Demokratische Partei (1) (DP, Demokrat Partisi).

Gründung: 7. 1. 1946 in Ankara durch *C. Bayar*. Die DP entstand durch die andauernden kritischen Bemühungen einer relativ kleinen Dissidentengruppe innerhalb der → REPUBLIKANISCHEN VOLKSPARTEI (CHP) im Parlament, die den Widerstand der Großgrundbesitzer gegen die Haushaltspolitik und Bodenreformbestrebungen artikulierten. Als eine diesbezügliche innerparteiliche Anfrage, gezeichnet von *C. Bayar*, *A. Menderes*, *R. Koraltan* und *F. Köprülü* abträglich beschieden wurde, legte *Bayar* sein parlamentarisches Amt nieder, die übrigen drei Politiker wurden am 21. 9. 1945 aus der Partei ausgeschlossen und gründeten daraufhin die DP. Bei den ersten allgemeinen Wahlen im Rahmen des neuen Vielparteiensystems (→ Einleitung) am 21. 7. 1946 erzielte die DP 66 von 465 Sitzen vorwiegend unter der städtischen Bevölkerung. Anlässlich des I. Parteikongresses am 7. 1. 1947 wurde der »Freiheitspakt« verkündigt, in dem ein neues Wahlsystem und die Trennung des Amtes des Staatspräsidenten von dem Parteivorsitz verlangt wurden. Die sich daraus ergebende gespannte Atmosphäre wurde durch die vermittelnde Rolle des Staatspräsidenten *İ. İnönü* auf dem Weg der »Deklaration vom 12. 7. 1947« gemildert, worin die DP als eine Oppositionspartei mit guten Absichten bezeichnet und die Partei von umstürzlerischen Vorhaben freigesprochen wurde. Diese Deklaration vermochte jedoch eine Polarisierung innerhalb der DP und der CHP nicht zu verhindern. Während in der CHP die Gruppe der »35er« unter *H. Saka* eine weniger autoritäre Regierung zu bilden vermochte, wurden 5 Radikale der DP, *S. Aldoğan*, *K. Silivri*, *N. Erdem*, *M. Sakaroglu*, *O. N. Köni* aus der Partei ausgeschlossen. Sie fanden weitere Unterstützung und bildeten zunächst die Gruppe der »Unabhängigen Demokraten«. Später, im Juli 1948, wurde unter dem Vorsitz des Feldmarschalls *F. Çakmak* in Ankara die → NATIONALPARTEI (MP) gegründet. Einen Monat später, im August 1948, gesellte sich zu dieser Partei die in Afyon gegründete PARTEI DER ECHTEN DEMOKRATEN (Öz Demokratlar Partisi), ein Jahr später, am 5. 7. 1949, schlossen sich auch die unabhängigen Demokraten innerhalb des Parlaments der NATIONALPARTEI an.

Am 14. 5. 1950 erzielte die DP einen überwältigenden Wahlsieg; aufgrund des Mehrheitswahlsystems gewann sie mit 54,91 % der Stimmen 416 der insgesamt 481 Sitze, während die CHP für 39,9 % Stimmen nur 63 Sitze erhielt. Diese ungleiche Repräsentation verstärkte sich noch 1954; die DP erhielt bei 51,2 % der Stimmen 504 Sitze, während auf die CHP bei 30,3 % lediglich 31 Sitze fielen.

Nach dem Machtwechsel 1950 begann in der Türkei eine zehnjährige DP-Herrschaft mit *Menderes* als Ministerpräsident. Die DP wandte sich während dieser Periode intensiv dem Agrarsektor zu, verwirklichte in großem Ausmaß Agrarkredi-

te, Mechanisierung der Landwirtschaft etc. Es gelang ihr, Auslandskredite, vor allem in Form der Marshallhilfe zu erhalten, die zu einer sichtbaren Steigerung des nationalen Einkommens führte.

Die Türkei wurde am 18. 2. 1952 Mitglied der NATO, trat 1955 dem Bagdad-Pakt bei und unterstützte Frankreich gegen die Unabhängigkeitsbestrebungen von Algerien und Tunesien. Konzessionen gegenüber dem ausländischen Kapital wurden auf dem Weg des Sondergesetzes sowie des Ölgesetzes vom 18. 3. 1954 verwirklicht.

Nach 1954 nahm die innenpolitische Spannung zu, Presse und Rundfunk wurden stark kontrolliert, Maulkorbartikel wurden den Gesetzen hinzugefügt. Die staatliche Bürokratie wurde mittels früher Pensionierung unter Druck gehalten, nicht DP-hörige Provinzen wurden zu administrativen Kreisverwaltungen degradiert (Kirsehir). 1957 wurde die Föderation der Gewerkschaften verboten, diese Maßnahme führte zur Abdankung von *Köprülü*, Gründer der DP. Bei den Wahlen von 1957 erzielte die DP 47,9 % der Stimmen (424 Sitze) gegenüber 40,6 % der Stimmen (178 Sitze) für die CHP. Um dem Druck der Opposition zu begegnen, gründete die DP die sog. »Vaterlandsfront«, eine Massenorganisation zur Unterstützung der Partei und gleichzeitig zur Einschüchterung der Opposition. Auf die zunehmende Kritik reagierte sie mit Verhaftungen von Journalisten und vorzeitiger Pensionierung von Akademikern. Als sie im April 1960 ein Gesetz über die Reorganisierung der Kompetenzen der parlamentarischen Untersuchungsausschüsse erließ, wonach diesen Kommissionen gesetzgebende, ausführende und richterliche Kompetenzen zugestanden wurden, kam es im Mai 1960 zu Demonstrationen der Kadetten und der Zivilbevölkerung, schließlich am 27. 5. 1960 zur vorübergehenden Machtübernahme der Armee. Die vollzählige Fraktion der DP wurde auf die Insel Yassıada deportiert. Als Ergebnis der ein Jahr lang dauernden Gerichtsverhandlungen wurden *Menderes*, *H. Polatkan* und *F. R. Zorlu* sowie *Bayar* zum Tode verurteilt. Letzterer wurde wegen seines hohen Alters begnadigt, die übrigen am 18. 9. 1961 hingerichtet. Die Partei selber wurde am 29. 9. 1960 durch Gerichtsbeschluss aufgelöst.

Die Anhänger der DP unterstützten in der Folgezeit vor allem die neugegründete → GERECHTKEITSPARTEI und die → NEUE TÜRKIE PARTEI. 1969 wurden den auf Yassıada Verurteilten sämtliche politischen Rechte mit Unterstützung der CHP, vor allem auf Bestreben von *İnönü*, zurückgegeben.

Cem Eroğul, Demokrat Parti: Tarihi ve İdeolojisi, Ankara, SBF, 1970; S. Ağaoglu, Demokrat Partinin Doğuş ve Yükseliş Sebepleri, 1972.

Demokratische Partei (2) (DP, Demokratik Parti). Die zweite Demokratische Partei entstand als das Ergebnis einer innerparteilichen sowie innerparlamentarischen Spaltung, die von zwei

Führerfiguren ausging: dem Vorstand der → GERECHTIGKEITSPARTEI (AP) *S. Demirel* und dessen Vorgänger *S. Bilgiç*. Am 18. 2. 1970 stimmten 41 Mitglieder der AP gegen den Haushaltsplan, wodurch *Demirel* zum Rücktritt gezwungen wurde. Als Ergebnis wurde nach dem V. Kongreß der AP am 13. 11. 1970 von 69 Personen unter dem Vorsitz des früheren Präsidenten der Nationalversammlung, *F. Bozbeyli*, die DP (2) gegründet. Dahinter stand der Protest gegen die Willkür von *Demirel* wie auch der Widerstand der Großgrundbesitzer gegen dessen geplante Steuergesetze, mithin der Gegensatz von Landbourgeoisie und städtischem Großkapital. Darüber hinaus hat sich die zweite DP stets als stark antikommunistisch und sehr empfindlich gegen jede Form von Günstlingswirtschaft gezeigt. Anfangs stand die Partei unter der Schirmherrschaft von *C. Bayar*. Zur Gründungszeit verfügte sie über 41 Mitglieder in der Nationalversammlung und weitere 8 im Senat. In der Satzung heißt es »Die DP betrachtet sich als Erbe und Fortsetzung aller politischen, ökonomischen und sozialen Bedingungen der Bewegung von 1946, d. h. des Übergangs von einer faktischen Einparteiordnung zur Demokratie«. Die DP versuchte stets, sich als direkter Nachfolger der *Menderes*-Partei auszugeben und beschuldigte *Demirel*, »das DP-Erbe verraten zu haben«. Die Partei nahm an keiner der sog. »Nationalen Front-Regierungen« teil. Bei den Wahlen von 1973 erzielte sie 11,9% der Stimmen und 45 Sitze. Anlässlich einer heftigen Debatte über eine eventuelle Teilnahme an einer von der AP gebildeten mehrparteilichen Koalitionsregierung entstanden neue Spannungen. Im März 1975 kehrten 9 Ex-Mitglieder der AP in ihre ursprüngliche Partei zurück, darunter die Tochter von *Bayar* und der Sohn von *Menderes*.

Bei den Teilwahlen von 1975 erzielte die DP lediglich 3,1% der Stimmen, zum Teil bedingt durch die Tatsache, daß die AP nicht mehr auf Bodenreform bestand und die Wähler die großen Parteien bevorzugten. Der Stimmenabfall dauerte an: 1977 gewann die Partei nur 2,2% der Stimmen, sogar der Vors. der Partei, *Bozbeyli*, verlor seinen Sitz im Parlament. Nur *F. Sükan*, der ehemalige Innenminister der AP, vermochte in Konya seinen Sitz zu bewahren. Anlässlich der Wahlen von 1979 stellte die DP keine Kandidaten auf. Die Partei hat sich am 4. 5. 1980 aufgelöst.

Das Presseorgan der Partei war zeitweise die Tageszeitung »Zaman«.

Gerechtigkeitspartei (AP, Adalet Partisi). Liberal-bürgerliche Partei, die sich auf eine sozio-ökonomische Ordnung beruft, in der Besitz, Familie und freiem Unternehmertum im Rahmen eines Wohlfahrtsstaates Vorrang eingeräumt werden. Honoratiorenpartei mit starker Massenbasis.

Gründung: 22. 9. 1960 in Ankara durch den ehemaligen Chef des Generalstabs, General *R. Gümüşpala*. Mitbegründer u. a. *E. Menemencio-*

ğlu, *T. Demiray*, *Ş. Osma*, *C. Perin*, *K. Evliyaoğlu*.

Programm: Die AP hat im Laufe der Jahre wichtige Kursänderungen ihres ursprünglichen Programms vorgenommen. Aufgrund der in der Verfassung von 1961 verankerten Zielsetzung, Wirtschaftspolitik innerhalb eines indikativen Fünfjahresplanes zu entwickeln, gelang es der Partei nicht, eine völlig liberale Wirtschaftspolitik zu entwickeln, sie mußte sich den Grundprinzipien einer »mixt economy« fügen.

Mit der Spaltung der AP 1970 hat sich die organische Bindung weiter geschwächt. Die Kursänderungen ergeben sich vor allem aus der Tatsache, daß die AP verschiedene soziale Schichten und Interessengruppen repräsentiert und besonders in den 60er Jahren keine klare ideologische Richtung einschlug. Eher pragmatisch orientiert, hat die AP im Laufe der Zeit eine Reihe von juristischen Forderungen und Grundsätzen entwickelt. Darunter nimmt vor allem die starke Kritik an der Verfassung von 1961 einen wichtigen Platz ein. Die AP bezieht Stellung gegen eine zu großzügige Auslegung der Grundrechte sowie gegen die Autonomie des Rundfunks und Fernsehens. Sie kritisiert scharf Institutionen wie das Verfassungsgericht und den Staatsrat, der ihrer Meinung nach die Rechte der Exekutive zu stark einschränkt. Sie verlangt die Abschaffung der auf Lebenszeit ernannten Senatoren. Im wirtschaftlichen Bereich fordert sie Privatisierung der staatlichen Wirtschaft; im landwirtschaftlichen Bereich tritt sie statt für eine »Bodenreform« lediglich für eine »Agrarreform« ein. Die staatliche Intervention soll auf wirksame Hilfe beim Ausbau der Infrastruktur beschränkt bleiben und im Rahmen des Fünfjahresplanes Mittel zur Stärkung der Privatwirtschaft bereitstellen. Gleichfalls tritt die Partei stark dafür ein, günstige Bedingungen für ausländische Investitionen zu schaffen. Sie verlangt eine »konstruktive« Gewerkschaftspolitik, übt scharfe Kritik an der Sozialdemokratie und betreibt schärfste antikommunistische Propaganda. – In der Bildungspolitik tritt die AP für die Förderung der Konfessionsschulen ein: zwischen 1963 und 1973 stieg die Zahl der Schüler an den sog. Imam-Hatip- und Koranschulen von 1267 auf 20715. Stark pro-amerikanisch orientiert, setzt sich die AP dennoch für intensive Handelsbeziehungen mit der UdSSR und den Ostblockstaaten ein.

Presse: Die AP besitzt keine eigene Zeitung, hat jedoch ein halb-offizielles Sprachrohr: die Tageszeitung »Tercüman«. Sie wird außerdem auch von anderen Zeitungen unterstützt wie: »Son Havadis« (Istanbul), »Zafer«, »Adalet« (Ankara); »Güneş«, »Ege Ekspres« (Izmir). Monatliche Schrift: »Meydan«.

Geschichte: Die AP ist als ein Sammelbecken jedweder Kritik und Opposition gegen die progressiven Kräfte entstanden, die nach der Revolution vom 27. 5. 1969 auf die politische Bühne getreten waren. Sie verstand sich anfangs als di-

rekte Nachfolgerin der aufgelösten → DEMOKRATISCHEN PARTEI (1), eine Bindung, die sich allerdings im Laufe der Zeit mehr und mehr löste. Während bei den Wahlen 1961 noch etwa 20 Angehörige der verurteilten DP-Abgeordneten sich der Wahl stellten, vermochten nach 1969 nur einige der inzwischen amnestierten ehemaligen Demokraten in den Reihen der AP ins Parlament zurückzukehren. Mit der Spaltung der AP 1970 hat sich diese organische Bindung noch weiter geschwächt.

Bei den Wahlen 1961 konnte die AP auf Anhieb 34,8 % der Stimmen und 158 Sitze erringen. Die nur geringfügig stärkere REPUBLIKANISCHE VOLKSPARTEI (CHP) sah sich dadurch zu einer Koalition mit der AP genötigt, die jedoch nur 6 Monate Bestand hatte. Danach verblieb die AP in der Opposition, wo sie besonders die Wähler von Westanatolien vertrat. 1964 übernahm S. *Demirel* den Vorsitz, er prägt das Bild der Partei bis heute. Trotz seiner freimaurerischen Vergangenheit und seines Images als Vertrauensmann von Washington, vermochte er stets alle Rivalen für die Führung der Partei wie u. a. A. *Yalçın*, O. *Oğuz*, Z. *Mandalıncı* auszuspielen. 1965 gelang es ihm, die *Inönü*-Koalitionsregierung durch Verweigerung der Ratifizierung des Haushaltsbudgets zu stürzen. Anschließend wurde er im Kabinett des parteilosen S. *Ürgüplü*, der lediglich mit der Gründung einer Übergangsregierung beauftragt war, stellvertretender Premierminister. Die Wahl von 1965 endete trotz einer noch von der CHP initiierten Wahlrechtsänderung mit einem starken Sieg der AP, die 52,9 % der Stimmen erhielt (240 Sitze). Sie bildete daraufhin bis 1971 allein die Regierung (1969: 46,5 % der Stimmen, 256 Sitze). Während dieser Zeit kam es jedoch innerhalb der Partei zu einer starken ideologischen Gegenströmung. Unter Führung des Präsidenten der Nationalversammlung F. *Bozbeyli* bildete sich eine kritische Fraktion, die anlässlich der Haushaltdebatte von 1970 zu dem Austritt von 41 Mitgliedern und der innerparlamentarischen Gründung der DEMOKRATISCHEN PARTEI (2) führte. Ausschlaggebend hierbei waren die Anklagen gegen *Demirel* und seine Familienangehörigen wegen Nepotismus und Zulassung von illegalen Gewinnen. Diese Vorgänge veranlaßten einen Teil der hohen Staboffiziere zur militärischen Intervention vom 1. 2. 3. 1971, die zwar nicht zur Auflösung des Parlaments, jedoch zur Abdankung der Regierung *Demirel* führte. Die danach gebildete »überparteiliche« Regierung, vorwiegend aus Technokraten bestehend, vermochte lediglich die Staatsgeschäfte bis zu den allgemeinen Wahlen von 1973 zu führen, bei denen die AP nur noch auf 29,8 % der Stimmen und 149 Sitze kam. Bis 1974 verblieb sie in der Opposition, nach dem Rücktritt der Regierung *Ecevit* (→ CHP) gelang es *Demirel*, die AP als stärksten Partner in die 1974 und 1977 gebildeten Regierungen der »Nationalen Front« einzubringen, in denen sämtliche rechte Parteien sich vereinten. 1977 erzielte die

AP zwar einen Stimmenzuwachs (36,9 %, 189 Sitze), mußte jedoch aufgrund des Wahlsieges der CHP in die Opposition zurückkehren. Der Rücktritt der Regierung *Ecevit* im Oktober 1979 ermöglichte ihr die Rückkehr an die Macht.

Während der Regierungsperiode 1974–77 verfolgte die AP, um ihre Massenbasis zu erweitern, eine Politik zugunsten der radikalen rechten → NATIONALISTISCHEN AKTIONSPARTEI (MHP). Im Rahmen einer permanenten Zunahme der ideologischen Polarisierung der türkischen Innenpolitik verkörpert die AP folgende Tendenzen: in der Wirtschaft Liberalismus statt Sozialismus, auf konfessioneller Ebene Islamisierung statt Säkularisierung, in kultureller Hinsicht ein aggressiver Nationalismus und vor allem ein virulenter Antikommunismus, der sich praktisch in der kategorischen Weigerung, den Art. 141/142 des türkischen Strafgesetzes zu ändern, niederschlägt. Dieser Artikel bezeichnet die Gründung einer kommunistischen Partei als illegal.

Hinsichtlich der Wählerschaft und der Hochburgen der AP kann folgender Trend festgestellt werden: die AP besaß anfangs in den Großstädten und Metropolen eine klare Überlegenheit gegenüber der CHP. Bei den Wahlen 1973 zeigte sich jedoch, daß vor allem in den Stadtteilen mit geringem Einkommen und unzulänglichen Wohnungen die Wähler ein gewisses Klassenbewußtsein entwickelt haben, das sich zugunsten der CHP auswirkte (»Kritische neue Allianz«). Dies verdeutlicht die folgende Stimmenverteilung: In Istanbul erzielte die AP 1965 53,2 %, 1969 47,8 % und 1973 28,4 % Stimmen, ein ähnliches Gefälle zeigte sich in Ankara (46,5 % – 42,6 % – 27,8 %) und Izmir (62,2 % – 53,2 % – 39,2 %). Somit wird die AP heute von der konservativen Schicht der Bauern, dem Kleinbürgertum und den Hochburgen von Wirtschaft und Industrie getragen.

K. Steinhaus, Soziologie der türkischen Revolution, 1969; A. T. Kışlalı, Forces Politiques dans la Turquie Moderne, Ankara, 1969; S. Vaner, Le Parti de la Justice, Diss. Université de Paris I.

Nationale Wohlfahrtspartei (MSP, Milli Selâmet Partisi). Stark pro-islamisch, klerikal gesonnen, anti-westliche, anti-imperialistische, traditionsgebundene Partei.

Gründung: 11. 10. 1972 durch S. *Arif Emre* und 19 weitere Personen.

Programm: Die MSP bezeichnet sowohl die kapitalistischen als auch sozialistischen Systeme als materialistisch und eigennützig. Ihnen fehle die moralische Basis, und eine neue Zivilisation aufzubauen.

Die MSP legt daher außergewöhnlichen Wert auf den moralischen Fortschritt der Gesellschaft. Die Verwirklichung einer tugendhaften Sozialordnung hänge von einer demokratischen Grundordnung ab, die sich stark an den Islam anlehnt. Westliche Werte wie Darstellende und Bildende Kunst, Tourismus etc. werden abgelehnt, starke Traditionsgebundenheit verlangt. Wirtschaftlich

will die MSP sich total den arabischen Staaten des Mittleren Ostens anschließen und verlangt die Abschaffung der türkischen Währung zugunsten des arabischen Dinars. Sie widersetzt sich dem Eintritt in die EG, die sie als eine »freimaurerische christliche Falle der Ausbeutung« bezeichnet, tritt aber für rasche Industrialisierung ein. Im verfassungsrechtlichen Bereich will die MSP den Senat abschaffen und das Präsidentsystem einführen.

Presse: Halboffizielle Tageszeitung »Millî Gazete«, »Sabah«, »Bugün«, »Adım«, »Vesika«, »Sebil«.

Geschichte: Im Rahmen der Demokratisierung des politischen Lebens in der Türkei versucht die Religion des Islam in zunehmendem Maß eine unabhängige politische Kraft zu werden. Diese Entwicklung spiegelt sich in der Zunahme religiöser Vereinigungen. Eine wichtige Rolle spielen diese bei der Gründung des Vorgängers der MSP, der NATIONALEN ORDNUNGSPARTEI (MNP, Millî Nizam Partisi), die am 26. 1. 1970 durch N. *Erbakan*, damals Generalsekretär der Türkischen Handelskammer, und weitere 17 Personen, darunter 2 Überläufer aus der GERECHTIGKEITSPARTEI (AP), H. *Akmumcu* und H. *Abbas*, gebildet wurde. Die MNP wurde am 10. 5. 1971 durch das Verfassungsgericht mit der Begründung des »Versuches der Restauration einer theokratischen Ordnung in der Türkei« aufgelöst. Das aus etwa 100 Artikeln bestehende Programm setzte sich vor allem mit der Problematik Säkularisierung – Erziehung auseinander und verlangte die Erweiterung der Gewissensfreiheit zugunsten des Islam.

17 Monate nach der Auflösung der MNP wurde am 11. 10. 1972 durch 19 Personen unter dem Vorsitz von S. *Arif Erme* die MSP gegründet. Bereits im April 1973 hatte sie in 67 Provinzen Lokalorganisationen. Bei den Wahlen von 1973 erzielte sie 11,8 % der Stimmen und wurde mit 48 Sitzen in der Nationalversammlung zur drittgrößten Partei. *Erbakan*, der sich erst im Mai der Partei angeschlossen hatte, wurde am 21. 10. 1973 zum Vors. gewählt. Die Wahlergebnisse von 1973 zwangen zu einer Koalitionsregierung, wobei der MSP eine Schlüsselrolle zufiel. Mit der → REPUBLIKANISCHEN VOLKSPARTEI (CHP) bildete sie am 26. 1. 1974 die Regierung. Das Verhältnis zwischen beiden Parteien war jedoch gespannt. Eine erste Krise entstand anlässlich der Debatte über eine Amnestie, die die MSP nicht auf kommunistische Verurteilte ausgedehnt wissen wollte. Eine zweite schwerere löste die Intervention auf Zypern aus, die die MSP zum Anlaß für weitreichende Anschlussforderungen nahm. Diese Krisen trugen mit bei zum Rücktritt von Ministerpräsident *Ecevit* am 18. 9. 1974, der auch das Ende der Koalition bedeutete. Die MSP trat daraufhin in die Kabinette der »Nationalen Front« (→ GERECHTIGKEITSPARTEI) ein. 1977 erlitt sie erhebliche Stimmenverluste (8,3 %, 24 Sitze), blieb aber drittstärkste Partei. Die Wählerschaft der MSP rekrutiert sich aus der anatolischen Geschäfts- und Handelsklasse, dem konservativen Kleinbürgertum. Religiöse Sekten wie Nakşiben-

di und Nurcu's haben die Partei wesentlich unterstützt. 1973 erhielt die MSP besonders in den stark unterentwickelten Provinzen mehr als 20 % der Stimmen.

J. M. Landau, *Radical Politics in Modern Turkey*, Leiden 1974; Ders., *The National Salvation Party in Turkey*, in: *Asian and African Studies*, Vol. 11, Nr. 1, 1976.

Nationalistische Aktionspartei (MHP – Milliyetçi Hareket Partisi). Im Februar 1960 gegründete rechtsradikale, mehrmals als faschistisch/nazistisch bezeichnete Partei.

Programm: Die MHP verlangt staatliche Intervention in die Wirtschaft, Förderung einer nationalen Kriegsindustrie. Unter dem Begriff »nationale Demokratie« fordert sie die Gründung eines korporativen Parlaments mit ständischer Vertretung. Gleichfalls begünstigt die MHP das Präsidentsystem mit nur einer Kammer. Mit Hilfe von Volksparsnissen soll neben dem öffentlichen und privaten Sektor ein dritter »nationaler« Sektor gefördert werden.

Die MHP verteidigt Solidarität und Korporatismus, leugnet jede Klassenstruktur ab, verlangt unter der Führung eines »starken Staatsapparats« das Zusammenwirken von öffentlichem und privatem Sektor.

Presse: Tageszeitung »Hergün«, »Orta Doğu«, Zeitschrift: »Devlet«, »Hasret«, »Ülkü«.

Geschichte: Vorläufer der MHP ist die REPUBLIKANISCHE BAUERN- UND NATIONALPARTEI (CKMP – Cumhuriyetçi Köylü Millet Partisi), die im Oktober 1958 durch die Fusion der REPUBLIKANISCHEN NATIONALPARTEI (CMP, Cumhuriyetçi Millet Partisi) und der TÜRKISCHEN BAUERNPARTEI (TKP, (Türkiye Köylü Partisi) gebildet wurde. Nach innerparteilichen Auseinandersetzungen mit A. *Türkeş* erfolgte auf einem außerordentlichen Kongress im Juni 1965 ein Führungswechsel, der eine völlig neue politische Orientierung ergab. Parteivors. wurde *Türkeş*, der nach der Revolution 1960 wegen seiner autoritären Gesinnung vorübergehend die Türkei hatte verlassen müssen. Die CKMP redete von jetzt an einem aggressiven Nationalismus und gewalttätigen Antikommunismus das Wort und nannte sich seit Februar 1969 MHP. Im gleichen Jahr entstand die paramilitärische Jugendorganisation »Graue Wölfe« (Bozkurt), die als Sturmtrupp Racheakte ausüben hatte. Mit ihrem Anspruch, das »nationale Ideal« zu vertreten, ist es der MHP vor allem unter den Jugendlichen der kleinstädtischen Handwerker und Geschäftswelt sowie einem Teil des Großkapitals gelungen, Unterstützung zu finden. Die MHP verzeichnet einen bis jetzt andauernden Stimmenzuwachs. 1969 erzielte sie mit 3,0 % der Stimmen 1 Sitz, 1973 bei 3,4 % 3 Sitze, 1977 bei 6,8 % 5 Sitze. Bei der Bildung der beiden rechtsorientierten »Nationalen Front«-Regierungen, 1974 und 1977, gelang es der MHP als Koalitionspartner mit 3 Parlamentssitzen/2 Kabinettsposten zu besetzen!

Die MHP verfügt über eine sehr schlagkräftige

paramilitärische Parallelorganisation: die »Idealistische Herde« (Ülkü Ocakları), die, wie auch die »Grauen Wölfe«, vor Terrorakten nicht zurückschreckt. Die MHP hat in der BRD, aber auch in anderen europäischen Ländern mit türkischen Gastarbeitern eine Reihe von offiziellen und inoffiziellen Vereinen gegründet, die vom Bundesverfassungsschutz als »friedensstörend« bezeichnet und verboten wurden.

Nationalpartei (MP, Millet Partisi). Ähnlich wie bei der → DEMOKRATISCHEN PARTEI (I) (DP) zeigten sich auch bei der MP zwei Phasen. Sie wurde zuerst am 20. 7. 1948 unter dem Namen »Nationalpartei« in Ankara gegründet. Ein Jahr später schlossen sich zwei Dissidentengruppen der DP dieser neuen Partei an, deren erster Vors. *F. Cakmak* war. Bei der Wahl 1950 erhielt die MP nur einen Sitz in Kirsehir, von *O. Bölükbaşı* vertreten, dessen Persönlichkeit für die Partei bestimmend blieb. Insofern gilt die erste und auch die zweite »Nationalpartei« als eine regionale, stark an politische Persönlichkeiten gebundene, lokale Honoratiorenpartei.

Nach 1950 verfolgte die MP eine starke betont religiös-klerikale Opposition sowohl gegen die frühere Regierungspartei CHP als auch die DP. Dies führte anlässlich des IV. Kongresses 1953 zum Austritt von *H. Bayur* und weiteren 40 Mitgliedern aus der Partei, die die Parteipolitik als »anti-kemalistisch und anti-säkular« bezeichneten. Als Ergebnis dieser Debatte wurde die MP am 27. 1. 1954 durch Gerichtsbeschluss liquidiert, bereits am 5. 2. 1954 diesmal als REPUBLIKANISCHE NATIONALPARTEI (Cumhuriyetçi Millet Partisi) durch *E. Akaygen, Bölükbaşı, A. Tahtakılıç* und *S. Batur* wieder gegründet. Bei den Wahlen von 1957 schloß sich auch die TÜRKISCHE BAUERNPARTEI der MP an, die sich fortan REPUBLIKANISCHE BAUERN- UND NATIONALPARTEI (CKMP, Cumhuriyetçi Köylü Millet Partisi) nannte.

Nach der Revolution von 1960 spielte die CKMP als zweitgrößte Partei in der Konstituante eine wichtige Rolle. Nach der Wiederaufnahme des Mehrparteiensystems kam es innerhalb der CKMP zu großen Kontroversen zwischen *Tahtakılıç* und *A. Türkeş*. Nach der Auflösung der 1. *İnönü* Koalitionsregierung am 31. 5. 1962 entschloß sich die CKMP weiterhin an Kabinettsbildungen teilzunehmen. Daraufhin verließ am 14. 12. 1961 der Vors. *Bölükbaşı* mit 28 Parlamentariern die Partei und gründete am 15. 6. 1962 in Ankara nochmals eine Nationalpartei (MP). *Türkeş* wurde Vors. der CKMP, die sich zu einer nationalistischen rechtsextremen Partei wandelte und 1969 die Bezeichnung → NATIONALISTISCHE AKTIONSPARTEI annahm.

Die Persönlichkeit von *Bölükbaşı* hat sowohl einen erheblichen Teil der ersten als auch der zweiten MP geprägt. Die Nationalpartei gilt als Beispiel einer auf gezielte Demagogie beruhenden Rednerpartei, deren Grundsätze, Programme etc. wenig Resonanz fanden. Allerdings hat die MP

stets eine liberale Wirtschaftsordnung verteidigt.

1965 erzielte die MP 6,3 % der Stimmen und 31 Sitze. 1969 verlor sie die Hälfte ihrer Stimmen (3,2 %, 6 Sitze), so daß *Bölükbaşı* 1972 seinen endgültigen Rücktritt aus dem öffentlichen Leben bekanntgab. Der Niedergang der Partei setzte sich fort, seit 1973 ist sie nicht mehr im Parlament vertreten und gilt als politisch bedeutungslos.

Neue Türkei Partei (YTP – Yeni Türkiye Partisi). Von 1961–1973 bestehende liberal ausgerichtete Honoratiorenpartei.

Nach der Revolution vom 27. 5. 1960, die zur Auflösung der DEMOKRATISCHEN PARTEI (I) (DP) führte, wurde neben der GERECHTIGKEITSPARTEI (AP) am 12. 2. 1961 die YTP gegründet. Ziel dieser Partei war es, einen Teil der früher für die DP abgegebenen Stimmen aufzufangen und in eine neue politische Bahn zu lenken. Dieser Versuch wurde auch von dem damaligen Staatspräsidenten *C. Gürsel* sowie den Mitgliedern des Nationalen Einheitskomitees gutgeheißen. Zu den Gründern zählten: *E. Alican* (bis 1967 Vorstand), *C. Talas, A. Yalçın, H. Belbez*.

Die YTP verkörperte den »mittleren Weg« im liberalen Sinne mit Bevorzugung des Agrarsektors. Die Partei erzielte anfangs vor allem in den östlichen Provinzen Erfolge und erhielt bei den Wahlen von 1961 für 13,7 % der Stimmen 65 Sitze. Die Partei nahm sowohl an der zweiten *İnönü* als auch an der *Ürgüplü* Koalitionsregierung teil, vermochte jedoch nicht, die bäuerliche Wählerschaft zu gewinnen. Gleichfalls gelang es dem Sohn von *A. Menderes, Y. Menderes*, nicht, die Unterstützung der alten Demokraten zu erlangen. 1965 erhielt die YTP nur noch 3,7 % der Stimmen und 19 Sitze, 1969 nur mehr 3,2 % und 6 Sitze. Sie vermochte lediglich in den unterentwickelten östlichen Gebieten des Landes Fuß zu fassen. Nach der Wahl von *Y. Azizoglu* zum Vors. am 3. 3. 1968 versuchte die Partei vor allem mit Hilfe einer offen pro-kurdischen Politik wieder zu erstarren. Nach dem Rücktritt von *Azizoglu* wurde *T. Banguoğlu*, ehemaliger Kultusminister, am 1. 3. 1970 Vors. Nach dem Übergang eines großen Teils der Mitgliedschaft der YTP zur AP wurde die Partei 1973 aufgelöst.

Republikanische Bauern- und Nationalpartei (CKMP, Cumhuriyetçi Köylü Millet Partisi) → Nationalistische Aktionspartei, → Nationalpartei.

Republikanische Vertrauenspartei (CGP, Cumhuriyetçi Güven Partisi). Konservative Partei, die sich als Sprachrohr der Privatwirtschaft und des Großkapitals betrachtet.

Der Linkskurs innerhalb der → REPUBLIKANISCHEN VOLKSPARTEI (CHP) Mitte der 60er Jahre stieß in Kreisen des Großgrundbesitzes und des Handelsbürgertums auf Widerstand. Auf dem IV. außerordentlichen Kongreß der CHP formierte sich unter Führung von *T. Feyzioğlu* eine Gruppe,

die der Partei »Verrat an den Grundsätzen von Atatürk« vorwarf und am 12. 5. 1967 die VERTRAUENSPARTEI (GP, Güven Partisi) gründete. Die ihren Standort als »rechts vom Zentrum« bezeichnende Partei wählte am 1. 3. 1968 *Feyzioğlu* zum Vors. Bei den Wahlen von 1969 erzielte die GP 6,6% der Stimmen (15 Sitze) und wurde drittstärkste Partei. Seitdem ist ihr Stimmenanteil kontinuierlich zurückgegangen auf 1977 lediglich 1,8% (3 Sitze). 1973 schloß sich eine zweite, von der CHP abgespaltene Splitterpartei unter der Führung von *K. Satır*, die REPUBLIKANISCHE PARTEI (CP, Cumhuriyetçi Partisi) der GP an. Diese Fusion ergab den neuen Namen CGP, wobei die Zahl der Abgeordneten vorübergehend auf 44 stieg. Dieses Wachstum erwies sich jedoch als kurzlebig, da bereits bei den allgemeinen Wahlen von 1973 die Zahl der Sitze auf 13 fiel.

Die CGP vertritt einen intensiven Nationalismus, der sich auf den nationalen Souveränitätsgedanken von *Atatürk* beruft. Ein weiteres Wesensmerkmal ist ihr virulenter Anti-Kommunismus. Sie verteidigt die Notwendigkeit einer gemischten Wirtschaft und nimmt in Fragen der Religion eine indifferente Stellung ein.

Die CGP spielte eine sehr wichtige und entscheidende Rolle während des »Interregnums« von 1971–1973 und war an den zwei Koalitionsregierungen der »Nationalen Front« (1971–1973 und 1974–1975) beteiligt. Einer der Gründer, *F. Melen*, war von Mai 1972 bis April 1973 Ministerpräsident.

Republikanische Volkspartei (CHP, Cumhuriyet Halkpartisi).

Gründung: 9. 8. 1923 durch *Mustafa Kemal*.

Programm: Die Partei besaß am Anfang kein umfassendes Programm; als Ziel wurde lediglich genannt, dem Volk bei der Ausübung der nationalen Souveränität behilflich zu sein und »die Türkei in einen fortschrittlichen Staat zu verwandeln«. Erst bei dem zweiten Kongreß (15. 10. 1927), wo *Mustafa Kemal* seine berühmte fünf Tage dauernde Rede hielt, wurde eine aus 123 Artikeln bestehende Satzung angenommen.

Schwerpunkte des sehr detaillierten gegenwärtigen Programms der Partei sind: eine Fünfjahres-Entwicklungsplanung mit Schwergewicht auf dem öffentlichen Sektor, die Stärkung des Gewerkschaftswesens sowie der Kreditbeschaffung für Bodenbesitzer kleineren Formats. Die CHP hat ein besonderes Konzept der »Dorf-Stadt« entwickelt, wonach eine Reihe von Dörfern der am nächsten gelegenen größeren Kreisstadt angeschlossen und von ihr auf kulturellem, medizinischem und wirtschaftlich-industriellem Sektor betreut werden. Die Partei versucht ein Gleichgewicht zwischen Industrialisierung und modernisierter Landwirtschaft herzustellen, wobei sie sich für eine demokratische Mitbestimmung innerhalb der Fabriken einsetzt. Sie möchte sämtliche politischen Kräfte systembezogen sehen und tritt daher für die Abschaffung von Art. 141/142 des

Strafgesetzbuches ein, der die Gründung einer kommunistischen Partei verhindert. Auch das Herabsetzen des Wahlalters steht auf der Liste ihrer politischen Ziele.

Außenpolitisch bekennt sich die CHP zwar weiterhin zu ihrer Partnerschaft innerhalb der NATO und zu ihrer Verpflichtung, binnen fünf Jahren der EG beizutreten, weigert sich jedoch, als blindes Instrument der westlichen Großmächte ihre außenpolitische Handlungsfreiheit einzuschränken. Die Partei möchte freie Hand in der Fortbildung ihrer vielseitigen internationalen Bindungen haben, besonders im Hinblick auf die arabischen Staaten, vor allem Libyen.

Organisation: Während der Monopolstellung der CHP wurde die Organisationsform der Partei außerordentlich zentralisiert und der Regierung angepaßt. Ein diesbezüglicher wichtiger Entschluß war die Gleichschaltung des Amtes des Generalsekretärs mit dem des Innenministers. Nach dem Tod von *Atatürk* 1938 wurde zwar diese Koppelung abgeschafft, nichtsdestoweniger wurde sein Nachfolger, *İ. İnönü*, als »unabsetzbarer Nationalchef« ausgerufen.

Bei dem Parteikongreß vom 17. 11. 1947 wurde die Amtsperiode des Parteivorstands auf zwei Jahre beschränkt, außerdem wurde beschlossen, daß, im Fall der Parteivors. das Amt des Staatspräsidenten innehat, der zweite Vors. die Parteiführung übernimmt.

Presse: Parteizeitung »Ulus; gegenwärtig besitzt die Partei kein unabhängiges Presseorgan, sie wird allerdings teilweise von den folgenden Tageszeitungen unterstützt: »Cumhuriyet«, »Milliyet« (Istanbul); »Barış« (Ankara), »Yeni Asır« (Izmir); außerdem erschien bis 1980 die Zeitung »Umut«, deren Redakteur *R. Ecevit*, die Frau *B. Ecevit's* war.

Geschichte: Die CHP gilt als Erbe des KOMİTEES FÜR FREIHEIT UND EINHEIT, wie auch als Fortsetzung der »Vereinigung zur Verteidigung der Rechte von Anatolien und Rumelien« (→ Einleitung). Bereits am 6. 12. 1922 hatte *Mustafa Kemal* seine Absicht bekundet, eine neue Partei zu gründen. Nach den Wahlen zur Großen Nationalversammlung vom 1. 4. 1923 erließ er zunächst ein diesbezügliches Manifest. Die offizielle Parteigründung erfolgte erst am 9. 8. 1923. *Mustafa Kemal* wurde zum Parteivorsitzenden, *R. Peker* zum Generalsekretär und *F. Okyar* zum Fraktionsvorsitzenden gewählt. Nach der Wahl von *Mustafa Kemal* zum Staatspräsidenten am 29. 10. 1923 wurde *İnönü* zum zweiten Vors. gewählt. Gleichzeitig trat der »Verein für die Verteidigung der Rechte Anatoliens« mit allen Mitgliedern der neuen Partei bei. Diese nannte sich anfangs VOLKSPARTEI (Halk Fırkası); das Wort »republikanisch« wurde am 10. 11. 1924 hinzugefügt. 1935 wurde das arabische Wort »Fırka« durch »Partisi« ersetzt.

In den ersten Jahren bemühte sich die Partei vor allem um eine endgültige Ablösung der traditionellen Herrschafts- und Expansionsideologien durch das nationalistische Prinzip, das Beharren

auf dem Prinzip der Volkssouveränität sowie die Säkularisierung des öffentlichen Lebens (Abschaffung des Kalifats 1924). Die zahlenmäßig nicht sehr starke bürgerlich-modernistisch orientierte Führungsgruppe der CHP konzentrierte sich vor allem auf eine radikale Umänderung der zentralen politischen Institutionen und auf eine weitgehende Abschaffung der traditionellen Strukturen in den Großstädten, während der Heranbildung einer an den Zielvorstellungen der Revolution orientierten politisch-organisatorischen Infrastruktur auf dem Lande wenig Aufmerksamkeit geschenkt wurde. Der Leitgedanke *Mustafa Kemals* hieß »In der Türkei gibt es keine Klassen, keine Privilegien, keine unterschiedlichen Geschlechter«. Daher sollte die Vertretung im Parlament nicht von sozialer Klassenzugehörigkeit abhängig sein.

In diesen Jahren war die CHP vor allem um eine Angleichung des kulturellen und rechtlichen Bereiches an westliche Formen bemüht. Wichtigste Maßnahmen waren dabei die Übernahme des gregorianischen Kalenders, die Abschaffung des Fez und aller religiösen Titel, die obligatorische Einführung eines Familiennamens – *Mustafa Kemal* erhielt den Namen *Atatürk* (Vater der Türken) – und im Jahre 1928 die Übernahme des lateinischen Alphabets und die Retürkisierung der Sprache. Auf rechtem Gebiet erfolgten eine Reihe von Rezeptionen: Schweizer Zivilgesetzbuch, 1926; italienisches Strafgesetzbuch, 1926; Schweizer Zivilprozessordnung 1927; deutsche Strafprozessordnung 1929.

Die eigentliche Ideologie des Kemalismus wurde erst anlässlich des III. Parteikongresses (17. 5. 1931) in das Programm übernommen. Die sechs Grundsätze der Volkspartei, Nationalismus, Republikanismus, Populismus, Laizismus, Etatismus, Reformismus wurden auch symbolisch in der Form von sechs Pfeilen auf rotem Grund dargestellt und gelten bis zum heutigen Tag als Kennzeichen der Partei. Die ersten drei Grundsätze erregten relativ geringen Anstoß, obwohl im Laufe der Zeit der Populismus unterschiedlich ausgelegt wurde. Das Prinzip des Dirigismus ist dagegen bis zum heutigen Tag ein Thema heftiger Auseinandersetzungen. Zur Zeit des Einparteiensystems sollte der Staat nur bei Unternehmen tätig werden, die die Privatwirtschaft nicht berührten. Letztere sollte alle Chancen haben, mit Einsatz staatlicher Mittel sich zu entwickeln. Das Prinzip des Laizismus sollte reformfeindlichen religiösen Kräften durch strenge Trennung von weltlichen und geistlichen Angelegenheiten begegnen.

Die Umsetzung des Kemalismus vollzog sich in drei Phasen: 1931–1937 als Programm der Staatspartei, 1937 erfolgte die Aufnahme in die Verfassung von 1924 und dadurch die Umwandlung in eine nationale Ideologie, 1946 wurden die dort genannten ursprünglich für die CHP entwickelten Ziele durch die verfassungsrechtliche Norm auch für die anderen neu gegründeten Par-

teien bindend. Die weitere Entwicklung des Kemalismus erfolgte im Rahmen der neuen Verfassung von 1961 und bereitete den Schritt zur Sozialdemokratie und den Anschluß der CHP an die Sozialistische Internationale vor. Innerhalb dieser langfristigen Evolution ist die Phase von 1932–34 hervorzuheben, als es die Zeitschrift »Kadro« unternahm, den Kemalismus als völlig eigenständige Ideologie von Faschismus und Kommunismus abzugrenzen.

Bereits 1939, anlässlich des V. Parteikongresses, wurden zaghafte Schritte in Richtung auf ein Mehrparteiensystem gemacht. Innerhalb der Partei wurde eine »Unabhängige Gruppe« unter dem Vorsitz von *A. Renda* mit der Zielsetzung gegründet, eine innerparteiliche Opposition zu bilden. Nach dem Ende des 2. Weltkrieges wurden weitere liberalisierende Entschlüsse gefaßt, der »Permanente Vorsitz« wurde abgeschafft, bei der Gestaltung der Wahllisten durften mehr Kandidaten als Sitze aufgestellt werden. Zum gleichen Zeitpunkt formierte sich eine Oppositionsbewegung gegen die Bodenreform von *İnönü*. Unter der Führung von *C. Bayar* erklärten sich *A. Menderes*, *F. Köprülü* und *R. Koraltan* in einer »4er Deklaration« als Dissidenten. Dies führte zu ihrem Ausschluß und anschließend zur Gründung der → DEMOKRATISCHEN PARTEI (1). Bei den allgemeinen Wahlen desselben Jahres erhielt die CHP 396 Sitze. Schwere Anklagen wegen Wahlfälschungen führten innerhalb der CHP zu einer aus 36 jüngeren Abg. bestehenden neuen Oppositionsnebengruppe, der es gelang, die Regierung *Peker* zu stürzen. Die darauf folgenden Regierungen von *H. Saka* und *S. Günaltay* nahmen einen großen Teil der »35er« u. a. *N. Erim* in ihre Kabinette auf. Die ersten freien Wahlen vom 14. 5. 1950 brachten für die CHP eine Niederlage (41,05 % der Stimmen, aber nur noch 67 Sitze) und versetzte sie nach 27 Regierungsjahren erstmals in die Rolle der Opposition. Während sich der Machtwechsel reibungslos vollzog, kam es von 1953 an zu immer größeren Divergenzen zwischen Regierung und Opposition. Die DP schloß die von der CHP mit staatlichen Mitteln aufgebauten kulturellen Zentren, die sogenannten »Volkshäuser«, und ließ unter dem Vorwand von Steuerschulden die Parteizeitung »Ulus«, die Parteidruckerei und sonstige Immobilien der CHP beschlagnahmen. Die Wahlen von 1954 brachten aufgrund der spezifischen Form der Mehrheitswahl erneut große Verluste für die CHP (36,34 % der Stimmen, 31 Sitze) und auch 1957 erhielt sie für 41,03 % der Stimmen nur 178 Sitze (DP: 41,91, aber 424 Sitze).

Nach der Revolution vom 27. 5. 1960 wurde das parteipolitische Leben vorübergehend suspendiert, doch war die CHP durch ein Kontingent von 49 Mitgliedern in der am 5. 1. 1961 gegründeten Konstituante vertreten und konnte einen großen Teil ihrer traditionellen Zielsetzungen in der neuen Verfassung verankern.

Mit dem Inkrafttreten der neuen Verfassung

und vor allem des Verhältniswahlsystems begann für die CHP die Phase der Koalitionsregierungen. Anlässlich der allgemeinen Wahlen von 1961 erzielte sie 36,7% der Stimmen (173 Sitze) und wurde damit knapp die stärkste Partei. Obwohl die drei rechten Parteien (AP, YTP und CKMP) eine Koalitionsregierung hätten bilden können, wurde auf Veranlassung der im Hintergrund aktiven militärischen Kräfte am 20. 11. 1961 eine große Koalition mit der GERECHTIGKEITSPARTEI (AP) unter Vorsitz von *İ. İnönü* gebildet, die sich jedoch bereits am 1. 6. 1962 wieder auflöste. Die CHP ging daraufhin eine Koalition mit der NEUEN TÜRKIE PARTEI (YTP) und der REPUBLIKANISCHEN NATIONALEN BAUERNPARTEI (CKMP) ein, die bis zum 17. 12. 1963 Bestand hatte.

Erneut wurde *İnönü* mit der Regierungsbildung beauftragt. Als sich sämtliche Parteien einer Koalition verweigerten, gelang es *İnönü* mit Hilfe einer Gruppe von Unabhängigen am 4. 1. 1964 die erste Minderheitsregierung zu bilden, die sich aber gegenüber der geschlossenen Opposition der anderen Parteien auf die Dauer nicht behaupten konnte; während der Haushaltsdebatte im Februar 1965 wurde sie mit 225 gegen 197 Stimmen zum Rücktritt gezwungen.

Die der CHP oktroyierte undankbare Aufgabe, kurzfristige Koalitionen zu bilden und sich langsam bemerkbar machende ideologische Trends innerhalb der Partei haben von 1962 an innerparteiliche Konflikte und Spannungen, später Spaltungen hervorgerufen. Wegen ihrer Kritik an mangelnder innerparteilicher Demokratie und der Entfremdung der Parteiorganisation von der Wählerschaft wurden 1962 vier Wortführer der innerparteilichen Opposition, *K. Gülek*, *N. Erim*, *A. Doğan* und *M. Göle* für ein Jahr aus der Partei ausgeschlossen. Eine zweite Krise, deren Anlaß eine angebliche Zusammenarbeit von Parteigliedern und führenden Offizieren war, führte wiederum zu Ausschlüssen und Disziplinarstrafen. Unter der Beschuldigung, eine diktatorische Ordnung einführen zu wollen, wurden *Gülek* und *Doğan* jetzt für immer, *K. Esengin* und *C. Sungur* für ein Jahr aus der Partei ausgeschlossen.

Der wesentliche Wendepunkt für die CHP kam Ende 1965. Nachdem die erste sozialistische Partei, die TÜRKISCHE ARBEITERPARTEI (TİP) in das Parlament einziehen konnte, erklärte *İnönü* aus eigener Machtvollkommenheit, die CHP stehe »links vom Zentrum«. Innerhalb der sich daran anschließenden Diskussion wurde diese Standortbestimmung nicht im Sinne einer Identifikation mit bestimmten Klassen, sondern lediglich als eine neue Betonung der drei Grundprinzipien der CHP – Etatismus, Populismus und Reformismus – ausgelegt.

Die Wahlen von 1965 brachten der CHP eine neue Niederlage: 28,7% der Stimmen (143 Sitze). Dies wiederum führte zu neuen Auseinandersetzungen innerhalb der Partei zwischen der sog. »78er«-Gruppe unter Führung von *T. Feyzioğlu* und der »Links vom Zentrum«-Gruppe, geführt

von *Ecevit*. Die Wahl *Ecevit*s zum Generalsekretär verhärtete noch den Widerstand der »78er«, die sich jetzt »Rechts vom Zentrum« nannten. Als der außerordentliche Parteikongreß vom 28. 4. 67 keine Einigung brachte, verließen 33 Abg. und 15 Senatoren die CHP und gründeten am 30. 4. 1967 die VERTRAUENSPARTEI (GP, → REPUBLIKANISCHE VERTRAUENSPARTEI). Nach diesem Schritt schwenkte die CHP definitiv auf den 1965 angebahnten Linkskurs ein, der auf dem Kongreß vom Oktober 1968 auch in dem Programm »Für eine neue soziale Ordnung« seinen Niederschlag fand. Der XX. Parteikongreß vom Juli 1970 beschloß, das bürokratische Gesicht der CHP abzuschaffen und die Fusion zwischen Kadern und den Volksschichten auf breiter Basis zu verwirklichen.

Die militärische Intervention der Armee vom 12. 3. 1971, bei der zwar die politischen Parteien nicht suspendiert, aber eine »neutrale, technokratische« Regierung ernannt und *S. Demirel* zum Rücktritt gezwungen wurde, führte innerhalb der CHP zu einer neuen heftigen Krise. Während *İnönü* die Einmischung der Armee als eine annehmbare Zwischenphase der Demokratie bewertete und das Angebot der militärischen Kommandanten an *Erim*, eine »überparteiliche Regierung« zu bilden, willkommen hieß, bezeichnete *Ecevit* diese Lösung als einen Versuch, eine Junta, ähnlich der in Griechenland herrschenden, zu errichten. Er trat von seinem Amt als Generalsekretär zurück, die CHP nahm an der überparteilichen Regierung *Erim* mit 5 Parlamentariern teil. Aber schon auf dem V. Außerordentlichen Kongreß im Mai 1972 konnte *Ecevit* sich mit 709 Stimmen gegenüber 503 gegen *İnönü* wieder durchsetzen, letzterer schied daraufhin aus dem Parteivorstand aus. Am 14. 5. 1972 wurde *Ecevit* nach *Atatürk* und *İnönü* zum dritten Vors. der CHP gewählt.

Bei den Wahlen von 1973 gelang es der CHP, ihre Stimmenzahl auf 33,2% (185 Sitze) zu erhöhen. Anlässlich des Satzungskongresses vom Juni 1974 wurde in Art. 2 für die CHP die Bezeichnung »demokratisch linke Partei« festgelegt. – Die Koalitionsregierung nach den Wahlen von 1973 zwischen der CHP und der pro-islamischen → NATIONALEN WOHLFAHRTSPARTEI war nicht von Dauer. Die Regierung *Ecevit* demissionierte am 18. 9. 1974 und kam erst am 1. 1. 1978 mittels einer neuen Koalition, diesmal mit unabhängigen Parlamentariern, wieder an die Macht. Nach den schlechten Ergebnissen bei den Teilwahlen vom 14. 10. 1979 trat *Ecevit* kurz darauf erneut zurück.

Aufgrund ihrer entscheidenden Mitwirkung an der Staatsgründung und dem anschließenden Reformwerk sowie an dem Übergang zu einem Mehrparteiensystem kommt der CHP eine Sonderstellung zu. Unterstrichen wird diese Position noch durch das klare Bekenntnis zur Demokratie und die Entscheidung für eine sozialdemokratisch geprägte Politik, der die CHP damit zur Legiti-

mierung im politischen Leben der Türkei verhalf. Die politische Szene in der Türkei kann man als ein Wechselspiel zwischen einer die Zentralgewalt stärkenden und einer liberal-konservativen Front charakterisieren. Die CHP hat dabei bis zum heutigen Tag den ersten Prototypus verkörpert. Seit ihren Anfängen als Sammelbecken der zivilen und militärischen Bürokratie angesehen, hat sie ihre Anziehungskraft stets auf die gemäßigte städtische Intelligenz, das Beamtentum, die Groß- und Kleinstadtbourgeoisie ausgeübt. Nach der Wende 1965 begann sich das Profil der CHP zu ändern, sie bekam einen breiteren Unterbau aus vor allem nicht radikalen Gewerkschaftsmitgliedern der neuen Industriearbeiterklasse und der für den Markt produzierenden Bauernschaft. Ihre Hochburgen hat sie jedoch immer noch in den Großstädten.

Kemal Pascha, Die Neue Türkei, 1919–1927. Rede gehalten am 15.–20. Oktober 1927, 1928; H. Melzig, Kamal Atatürk. Untergang und Aufstieg der Türkei, 1932; E. D. Smith, Turkey. Origins of the Kemalist movement and the Government of the Grand National Assembly, 1919–1923, Washington, D.C. 1959; I. Giritlioglu, Türk Siyasi Tarihinde C.H.P. mevkii, Ankara 1965; Lord Kinross, Atatürk. A Biography of Mustafa Kemal, father of modern Turkey, New York 1965; N. Abadan, Atatürk. In: H. Maier (Hg.), Politiker des 20. Jahrhunderts, 1970, S. 143–155; S. Kili, Cumhuriyet Halk Partisinde Gelişmeler, 1960–1975, Boğaziçi Üniversitesi, İstanbul 1975; H. Bilâ, CHP Tarihi, 1919–1979, Ankara 1979.

Sozialistische Revolutions-Partei (SDP, Sosyalist Devrim Partisi). Unabhängig, anti-Moskau orientiert.

Gründung: 1975. Inoffiziell als Fortsetzung der von M. A. Aybar gegründeten → TÜRKISCHEN ARBEITERPARTEI (TİP) betrachtet. Vors. war Aybar von 1962–1978, sein Nachfolger ist C. Bıçakçı. Die SDP behauptet, allein den wissenschaftlichen Sozialismus zu vertreten. Satzungsgemäß müssen auf jeder Ebene mindestens zwei Drittel der Mitglieder körperliche Arbeit leistende Werk tätige sein. Die allgemeine Politik der Zentrale wird durch alle sechs Monate zusammentretende untere Gremien bestimmt. Damit will die Partei ihre sozialistische Organisationsform, eine zentralistische Demokratie, betonen. Die Partei bezeichnet sich als Antipode eines sowjetischen Sozialismus und vertritt ein europäisches, humanistisches, sozialistisches Modell.

In ihrem Wahlprogramm betont die SDP vor allem die nationale Unabhängigkeit und bezieht sowohl gegen den kapitalistischen als auch den sozialistischen Imperialismus Stellung.

Türkische Arbeiterpartei (TİP, Türkiye İşçi Partisi).

Die erste marxistisch orientierte sozialistische Partei, die eine parlamentarische Fraktion zu bilden vermochte, wurde nach Inkrafttreten der Verfassung von 1961 am 13. 2. 1961 in Istanbul von 12 Gewerkschaftlern gegründet, darunter K. Türkler, R. Kuas, S. Yıldız, I. Güzelce, K. Nebioğlu, A. Erakalm. Letzterer wurde zum Vors. gewählt. Nach einer stagnierenden Anfangsperiode übernahm im Februar 1962 ein ehemaliger Do-

zent der Juristischen Fakultät von Istanbul, M. A. Aybar, d. Vorsitz. 1963 erhielt die Partei durch den Übertritt von zwei Senatsmitgliedern, N. Ağrınaslı und E. Çağa, eine parlamentarische Vertretung.

Die allgemeinen Wahlen von 1965 ermöglichten zum ersten Mal in der Türkei einer außerhalb des Parlamentes entstandenen Partei eine parlamentarische Fraktion zu bilden. Mit Hilfe des Slogans »Boden und Arbeit für alle« gewann die TİP, bei den allgemeinen Wahlen von 1965 2,97% der Stimmen und 15 Sitze dank der Reststimmverteilung als Bestandteil des damals gültigen Proporzsystems. 1965–68 konzentrierte sich die Führung der Partei auf Begriffe wie Demokratie, Unabhängigkeit, Sozialismus. Dabei geriet Aybar, der offen die These eines »lächelnden humanistischen Sozialismus« vertrat und sich gegen Kontakte der Partei mit früher tätigen, illegalen linken Gruppen wandte, in zunehmende Isolierung. Ihm gegenüber verteidigten S. Aren und B. Boran die entscheidende Rolle des Proletariats.

Nach den Wahlen von 1969, bei denen das Reststimmverteilungssystem abgeschafft worden war, erzielte die TİP für 2,7% der Stimmen lediglich 2 Sitze. Die innerparteiliche Spannung nahm sichtbar zu. Aybar legte den Vorsitz nieder, sein Nachfolger wurde 1970 Boran. 1972 sah sich die TİP seitens der Staatsanwaltschaft einer Anklage wegen verfassungswidriger Aktionen ausgesetzt. Sie wurde beschuldigt, secessionistische Bestrebungen im Osten zu hegen und den Kommunismus auf ethnischer Basis zu propagieren. Die Parteiführung wurde von Gerichten des Ausnahmerechts zu 6–15jährigen Gefängnisstrafen verurteilt, die Partei aufgelöst. Durch die Amnestie von 1974 wurden diese Strafen aufgehoben. Inzwischen war die Partei unter Verwendung des alten Namens am 30. 4. 1973 neu gegründet worden. Die heutige TİP folgt vorwiegend der Moskauer Linie. Der jetzige Vorstand ist Frau B. Boran, die auch für einen Senatsitz bei den Wahlen von 1979 in Istanbul kandidiert hat.

Die heutige TİP tritt auf wirtschaftlichem Gebiet für eine Bevorzugung des öffentlichen Sektors und weitgehende Sozialisierungsmaßnahmen ein. Um die Partei vor einem Neo-Kolonialismus zu bewahren, widersetzt sie sich dem Eintritt in die EG. Außenpolitisch vertritt sie einen nationalen, unabhängigen und pazifistischen Kurs und verwirft Militärstützpunkte und Mitgliedschaft in der NATO. In Zypern befürwortet die TİP einen unabhängigen, blockfreien, multikantonalen zyprischen Staat ohne militärische Stützpunkte. Die Partei erzielte regionenmäßig bis heute (seit 1973) die höchste Stimmenquote mit 4,5% im östlichen Mittelanatolien und 4,2% im Marmaragebiet. Sie erhielt mehr Stimmen in den Städten als auf dem Land, es gelang ihr jedoch nicht, in das Parlament einzuziehen. – Die TİP lehnte 1979 eine Zusammenarbeit mit der ebenfalls Moskauer orientierten → TÜRKISCHEN SOZIALISTISCHEN

ARBEITER PARTEI (TSIP), mit der sie in bezug auf Taktik und Praxis Meinungsunterschiede hat, ab. Sie verlangte von dieser Partei einen »Anschluß«, während die TSIP nur zu einer »Union« bereit war.

Die Partei gibt wöchentlich zwei Zeitschriften heraus: ›Görev‹ und ›Yürüyüş‹. Außerdem erscheinen zwei monatliche Zeitschriften: ›Çark‹ und ›Yurt ve Dünya‹.

A. Unsal, La Parti Ouvrier Turque, Diss. unveröffentlicht, Paris 1970; J. Landau, Radical Politics in Modern Turkey, Leiden 1974.

Türkische Sozialistische Arbeiterpartei (TSIP, Türkiye Sosyalist İşçi Partisi).

Die TSIP vertritt, ähnlich wie die TÜRKISCHE ARBEITERPARTEI, die Linie der sowjetischen KPdSU. Zusätzlich legt sie besonderes Gewicht auf die ethnische Autonomiefrage. Das Wahlmotiv der Partei ist »Einheit für den Sozialismus«. Auf den Wahllisten der TSIP stehen auch unabhängige sozialistische Kandidaten. So unterstützte sie den von der illegalen Türkischen Kommunistischen Partei lancierten Kandidaten in Istanbul.

Die Partei setzt sich für gleiche Rechte für die verschiedenen ethnischen Gruppen, vor allem für die Kurden, ein und verlangt die Anwendung der Grundsätze von Helsinki. Der Vors. der TSIP, A. Kaçmaz, kandidierte bei den Teilwahlen von 1979, bei denen die TSIP 1,31 % der Stimmen erhielt, nicht.

Die Partei verfügt über die Tageszeitung ›Gerçek‹.

Türkische Unionspartei (TBP, Türkiye Birlik Partisi). Die sich als »progressiv, reformfreudig und kemalistisch« bezeichnende Partei ist als Vertreterin der Aleviten, den türkischen Schiiten, von dissidenten Mitgliedern der NATIONALPARTEI am 17. 10. 1966 in Ankara unter der Bezeichnung UNIONSPARTEI (Birlik Partisi) gegründet worden. Die Partei gilt als ausgesprochen links; obwohl sie sich nach geringem Wahlerfolg auch anderen Gruppen zuwandte, ist ihre Resonanz bis zum heutigen Tage begrenzt geblieben.

1969 gewann die TBP 2,8 % der Stimmen und 8 Sitze. Diese Quote sank 1973 auf 1,1 %, bei den Senatswahlen von 1975 auf 0,5 %. Nichtsdestoweniger stellte die TBP bei den Wahlen von 1979 in 30 Provinzen Kandidaten auf. 1973 gewann sie mit 4,9 % in Ostanatolien die meisten Stimmen.

Als die parlamentarischen Vertreter der TBP den 41. Abg. der GERECHTIGKEITSPARTEI, die 1970 aus ihrer Partei ausgetreten waren, Unterstützung gegenüber *Demirel* anboten, führte dies in der Basis der TBP zu solchen Divergenzen, daß die Parlamentarier aus der Partei ausgeschlossen wurden.

Anlässlich der Wahlen von 1973 beschloß die Partei, ihrem Namen das Adjektiv »türkisch« hinzuzufügen. Ihr Ziel, die türkischen Links-Intellektuellen um sich zu sammeln, erreichte sie jedoch nicht. Hochburg der TBP, die zur Zeit über keinen Vertreter im Parlament verfügt, ist Sivas.

Presse: Monatliche Zeitschrift ›Birlik‹.